



WIRTSCHAFTSBEIRAT  
BAYERN

Odeonsplatz 14, 80539 München,  
Tel: 089/ 24 22 86 0, Fax: 089/ 29 15 18, E-Mail: [info@wbu.de](mailto:info@wbu.de)  
Präsident: Dr. Otto Wiesheu, Generalsekretär: Dr. Jürgen Hofmann

---

**Die industrielle Basis pflegen und stärken**  
Bayerns Weg in die Zukunft

Dr. Otto Wiesheu  
Präsident

München, im Januar 2011

Die weltweit schwerste Wirtschaftskrise seit den 30er Jahren im Sog der durch die Lehman-Pleite ausgelösten Finanzkrise gehört der Vergangenheit an. Unsere Unternehmen haben sie – auch dank kluger Entscheidungen der Politik - hervorragend bewältigt – wesentlich besser als vor Jahresfrist noch erwartet. Dem steilen Absturz Ende 2008/ Anfang 2009 folgte ein steiler Anstieg. Aus dem von vielen Experten befürchteten L- oder U-förmigen Konjunkturverlauf ist unerwartet ein V geworden. Geblieben ist ein Anstieg der sowieso schon zu hohen staatlichen Verschuldung mit den bekannten Problemen beim Euro.

Die gesamtwirtschaftliche Leistung, gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt, hat 2010 bundesweit um 3,6 Prozent zugelegt. Bei uns in Bayern dürfte eine 4 vor dem Komma stehen. Die Exporte haben bei großen Veränderungen in der regionalen Nachfrage zuletzt bereits wieder neue Höchststände erreichen. Kräftige Wachstumsimpulse kommen daneben von der Binnennachfrage. Die Arbeitslosigkeit ist auf den tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung gesunken, Zugleich hat die Zahl der Erwerbstätigen mit über 40 Mio. bereits im letzten Jahr alle Rekorde gebrochen. Deutschland sitzt nicht mehr im „Bremserhäuschen“, sondern führt den Aufschwung in der Europäischen Union an. Das Geschäftsklima in der Wirtschaft ist so gut wie selten zuvor. Von einem „Wintermärchen“ hat der Präsident des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung in München deshalb vor kurzem gesprochen.

Das „Märchen“ hat zwei handfeste Ursachen. Zum einen beruht es auf einem erfolgreichen politischen Krisenmanagement. Dazu zählen die rasche Stabilisierung des Bankensektors im Herbst 2008 ebenso wie entschlossen ergriffene Maßnahmen zur Belebung der Konjunktur. Zum anderen konnten und können unsere Unternehmen ihre im letzten Jahrzehnt hart erarbeitete internationale Wettbewerbsfähigkeit jetzt erfolgreich ausspielen. Das gilt allen voran für die Industrie. Die industrielle Stärke Bayerns bzw. Deutschlands erweist sich heute im Vergleich zu anderen Ländern, die mit den Folgen geplatzter Immobilienblasen oder hypertropher Finanzindustrien ringen, als größter Trumpf.

Es zahlt sich aus, dass wir den vielen falschen Predigern nicht gefolgt sind, die uns jahrelang einreden wollten, die Zukunft unseres Landes läge nicht mehr in der Produktion, sondern allein in der Dienstleistungsgesellschaft. Es zahlt sich aus, dass wir Deindustrialisierungsprozesse nicht tatenlos hingenommen haben wie viele andere westliche Länder, sondern dass wir um unsere Industrie auf der Basis einer konsequenten Politik der Bestandspflege und Erneuerung aktiv und offensiv gekämpft haben. Gerade Bayern hat sich deshalb ein hochproduktives Geflecht von weltweit erfolgreich operierenden Global Playern, wettbewerbsfähigen Zulieferern, innovativen mittelständischen Weltmarktführern in ihrer Nische, leistungsstarken Handwerksbetrieben und unternehmensnahen Dienstleistern bewahren können. Das vor allem sichert uns in nahezu allen Rankings laufend Spitzenpositionen.

Diesen Aktivposten ersten Ranges müssen wir weiter mit aller Macht verteidigen. Wir dürfen die industrielle Basis nicht an Fernost preisgeben. Die Industrie muss Leitsektor der Wirtschaft bleiben. Davon hängen auch in Zukunft das Angebot an hochwertigen

Arbeitsplätzen auch in Handel, Handwerk und Dienstleistungsgewerbe, unser Wohlstand, unsere Lebensqualität die soziale Sicherheit hierzulande aber auch die Fähigkeit, Umweltprobleme technisch erfolgreich zu lösen, entscheidend ab.

Auch wenn wir mit sehr viel Rückenwind in das neue Jahr gehen, ist das kein Selbstläufer. Wer sich in der Politik auf seinen Lorbeeren ausruht, trägt sie an der falschen Stelle. Industrielle Zukunftssicherung ist und bleibt eine Daueraufgabe.

Dies gilt umso mehr als sich die längerfristigen Herausforderungen durch das günstige konjunkturelle Umfeld nicht in Luft aufgelöst haben.

- So geht der globale Wettbewerb mit unverminderter Schärfe weiter. Die gewohnte Arbeitsteilung, wonach die Schwellenländer den Bereich der einfachen, lohnintensiven Produktionen abdecken und wir die technologisch anspruchsvolleren Güter und Dienste auf den Weltmärkten absetzen, löst sich zunehmend auf. Vor allem China versucht mit Macht – teilweise auch mit fragwürdigen Mitteln – technologisch und qualitativ aufzuholen und in Spitzenpositionen aufzurücken. Dagegen hilft nur erhöhtes Innovationstempo.
- Der Strukturwandel macht keine Pause. Die digitale Revolution steht, gemessen an ihren Potentialen, nach wie vor erst am Anfang und setzt sich ungebrochen fort. Nachhaltigeres Wirtschaften ist ein Megatrend, dem sich kaum ein Unternehmen mehr entziehen kann. „Greentech“ hat Zukunft. Alternde und schrumpfende Bevölkerungen lösen nicht nur bei uns, sondern in vielen westlichen Industrieländern weitreichende Veränderungen in der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen aus. Gesundheit könnte zum Motor für einen neuen Kondratieff-Zyklus werden.
- Seit geraumer Zeit verstärkt in den Fokus rückt das Thema Ressourcenknappheit. „Peak Oil“ könnte näher sein, als uns lieb ist. Die Verfügbarkeit „seltener Erden“, die für die Produktion vieler High-Tech-Produkte benötigt werden, ist der Wirtschaftspresse mittlerweile fast täglich eine Schlagzeile wert.

Die Konsequenz aus diesem Bündel an Herausforderungen kann nur lauten: Wir müssen laufend besser werden, um unsere industrielle Basis wettbewerbsfähig zu erhalten. Wer aufhört besser zu werden, wird im globalen Wettbewerb bald nicht mehr gut genug sein. Unsere Chancen liegen offenkundig nicht in einfacher Massenproduktion, sondern vor allem in technologisch hochwertigen, komplexen Systemlösungen.

Exportstark zu bleiben, ist ein Ziel, das wir nicht aufgeben dürfen, auch wenn einige unserer Handelspartner diese Stärke kritisieren. Gleichzeitig muss es uns darum gehen, mit neuen attraktiven Produkten neue Märkte im Inland zu erschließen. D.h., der Verbreiterung der industriellen Basis sollte gleichermaßen unser Augenmerk gelten. Die Nachfrage nach Neuem ist auch in reifen Volkswirtschaften wie der deutschen prinzipiell nicht gesättigt, sondern unbegrenzt groß. Und wir müssen uns rechtzeitig an den Wandel anpassen. Erfolgversprechender noch: Wir sollten den Strukturwandel selbst

aktiv gestalten. Das schützt uns am stärksten davor, von ihm überrollt und auf das Abstellgleis geschoben zu werden.

Im Wettbewerb und Wandel erfolgreich zu bestehen, ist in einer marktwirtschaftlichen Ordnung, die auf Freiheit und Eigenverantwortung setzt, primär Aufgabe der Unternehmen und ihrer Mitarbeiter. In der Sozialen Marktwirtschaft ist aber auch der Staat auf allen Ebenen in mehrfacher Hinsicht flankierend gefordert. Passivität können wir uns in der Industriepolitik nicht leisten. Deutschland braucht Rahmenbedingungen, bei denen sich auch in Zukunft nicht nur die bestgeführten Industrieunternehmen, sondern auch die „Normalbetriebe“ behaupten. Von größter Bedeutung ist dabei, „Laufmascheneffekte“ zu verhindern und das Leistungsgeflecht aus großen Systemführern und kleinen und mittleren Betrieben zu erhalten.

Offensive Industriepolitik muss einer Dreifachstrategie folgen: Erstens geht es um zukunftsfähige Rahmenbedingungen für die Industrie insgesamt. Gerade die Industrie, die am stärksten im globalen Wettbewerb steht, ist auf günstige allgemeine Rahmenbedingungen angewiesen, die an den Parametern Offenheit der Märkte, Flexibilität, Kostenbewusstsein, Investitionsfähigkeit, Innovationskraft, Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal, modernste wirtschaftsnahe Infrastruktur ansetzt.

Konkret:

- Deutschland als langjähriger Exportweltmeister und derzeitiger Vizeweltmeister muss an vorderster Front gegen aufkommende protektionistische Tendenzen im Welthandel kämpfen und auf einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde drängen.
- Das gilt auch für den offenen Zugang zu den Rohstoffquellen als erstes Mittel der Wahl einer gezielten Rohstoffsicherungspolitik.
- „Time to Market“ als wesentliches Erfolgskriterium im Wettbewerb verlangt, dass der „Rhythmus“ staatlicher Bürokratie dem Rhythmus der Geschwindigkeit der Märkte folgt und nicht umgekehrt.
- Die Voraussetzungen, Personal im Zuge einer vorwärtsgerichteten Gestaltung von Wettbewerb und Wandel rasch aus unrentierlichen alten Produktionen in zukunftsfähige neue umzusetzen, müssen verbessert werden.
- Die Belastungspolitik hat auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Rücksicht zu nehmen. Das gilt nicht nur für die weitere Entwicklung der Lohnzusatzkosten, sondern beispielsweise auch für bezahlbare Energiepreise.
- Attraktive Abschreibungsbedingungen sollten die Investitionsfähigkeit verbessern und die Investitionstätigkeit am Standort Deutschland anregen.
- Sparkapital ist in Deutschland genug vorhanden; es muss nicht zuletzt durch steuerliche Anreize stärker in die Investitions- und Innovations- und damit in die Wachstumsfinanzierung des Mittelstands fließen.
- Die wirtschaftsnahe Infrastruktur hat eine dienende Funktion. Sie darf weder im Bereich der Verkehrs- und Nachrichtennetze noch im Energiebereich zum Engpassfaktor für weiteres Wachstum werden.
- Last but not least: Wenn die Zukunft des Industriestandortes Deutschland bzw. Bayern vorrangig in Produkten und Dienstleistungen besteht, deren Herstellung ein Maß an Know-how, handwerklichem und organisatorischem Geschick, also

an hochqualifiziertem Personal erfordert, das in anderen Ländern so nicht vorhanden ist, dann müssen die notwendigen Innovationsinitiativen zwingend von Bildungs- und Weiterbildungspolitik flankiert werden. Bildungs- und Weiterbildungspolitik ist nicht durch die Anwerbung ausländischer Fachkräfte ersetzbar.

Neben der Verbesserung der generellen Rahmenbedingungen darf zweitens gezielte Politik zugunsten einzelner Branchen bzw. sektorale Industriepolitik ordnungspolitisch nicht zur Tabuzone erklärt werden. Falsches „Laissez-faire“-Denken und politische Untätigkeit haben in der Vergangenheit zum Niedergang ganzer Industriezweige wesentlich beigetragen. Diese Entwicklung darf sich nicht fortsetzen. Um nicht missverstanden zu werden: Es geht dabei weder um Investitionslenkung noch um Strukturkonservierung gegen die Kräfte des Marktes. Es geht vielmehr in marktkonformer Weise darum, sich mit der unterschiedlichen Situation der einzelnen Industriezweige zu befassen, Handicaps in der staatlichen Rahmenpolitik zu identifizieren und zu beseitigen und zukunftssichernde Weiterentwicklungen zu fördern. Die breit gestreuten Ansatzpunkte reichen dabei von der frühzeitigen Setzung europäischer Normen, die das „Zeug“ haben, zum Weltstandard zu werden, über eine stetige, berechenbare Beschaffungspolitik der öffentlichen Hand in Märkten, auf denen die staatliche Nachfrage dominiert, bis hin zur Verbesserung der Verkehrsanbindung einzelner Industrieregionen. Beispielhaft verwiesen sei in diesem Zusammenhang nur auf die berechtigten verkehrspolitischen Forderungen des Chemiesdreiecks in Südostbayern. Gemeinsame Kraftakte von Wirtschaft, Wissenschaft und Staat bei großen Leitprojekten wie der Elektromobilität müssen hinzukommen.

Bestehende Industrien durch den raschen und breiten Einsatz neuer Technologien zugunsten von Produkt- und Prozessinnovationen wettbewerbsfähig zu erhalten, ist das eine. Die dritte strategische Komponente moderner Industriepolitik zielt darauf ab, die Entstehung neuer Industrien zu fördern, die aus der Forschung heraus neue Hochtechnologie entwickeln und produzieren und so die Rolle von Wachstumstreibern in der Gesamtwirtschaft übernehmen. Dies zählt nach wie vor offenkundig nicht zu Deutschlands und Bayerns Stärken. Anders als in den USA ist bei uns seit Jahrzehnten auf dem Gebiet neuer Hochtechnologie kein neuer großer Global Player mehr entstanden. Ausnahmen wie SAP bestätigen nur die Regel. Entsprechend begrenzt fallen die Beiträge neuer Hochtechnologiefirmen für Wachstum und Beschäftigung aus.

Auch an der Beseitigung dieses Defizits muss gezielt gearbeitet werden. So sollten die Forschungen an den Hochschulen noch ein Stück weiter in Richtung Marktreife vorangetrieben werden, bevor ihre Ergebnisse von jungen Unternehmen aufgegriffen und durch Wagniskapital finanziert zu marktfähigen Produkten entwickelt werden können. Andernfalls wird die Durststrecke zwischen FuE-Aufwendungen und ersten Erlösen vielfach zu groß. Das zeigen beispielsweise die Erfahrungen aus der Bio- und Gentechnologie. Daneben sollte die Steuerpolitik größere Anreize bieten, mehr Wagniskapital zu mobilisieren und Business-Angels den risikoreichen Einstieg in junge Hochtechnologieunternehmen schon in der sog. „Preseed- und Seed“-Phase zu erleichtern. Die drastische Absenkung der Wesentlichkeitsgrenze im Einkommenssteuerrecht von 25 Prozent auf 1 Prozent, die noch von der früheren rot-grünen Bundesregierung vorgenommen worden ist, muss revidiert werden. Nicht zuletzt ist bei den Clustern, die der

Entwicklung neuer Querschnittstechnologien gewidmet sind, hierauf ein Schwerpunkt zu legen.

Unternehmergeist und Geld zusammenzubringen, ist allerdings nicht alles. Genauso wichtig ist die Akzeptanz von neuen Entwicklungen in der Gesellschaft. Ablehnung, Zögerlichkeit oder Gleichgültigkeit müssen größerer Aufgeschlossenheit, um nicht zu sagen, Begeisterung für Neues weichen, wie sie in anderen Kulturen mit ausgeprägter Aufbruchstimmung zu beobachten ist. Verbreitetem „Dagegensein“ müssen wir eine Mentalität des „Dafürseins“ entgegensetzen. Ein Heimatmarkt, auf dem sich Innovationen nicht oder nur schleppend durchsetzen, bildet ein gravierendes Hemmnis für die Ausbildung einer zukunftsorientierten High-Tech-Industrie. Wer den Fortschritt auf die Bereiche Umwelttechnik und erneuerbare Energien verengt, kann und wird die Zukunft nicht gewinnen.

Deutschlands rascher wirtschaftlicher Aufstieg aus den Trümmern des 2. Weltkriegs ist untrennbar mit der Wiederherstellung und dem Ausbau einer starken industriellen Basis verbunden. Bayern hat mit Hilfe seiner modernen Industrie und einer aktiven Industriepolitik die frühere relative Rückständigkeit überwinden können. Heute gehören wir deshalb zu den wohlhabendsten Regionen in Deutschland, in Europa, in der Welt. Das muss auch so bleiben. Wir haben genügend wissenschaftlich-technische Substanz. Wir haben Großunternehmen, die rund um den Globus hervorragend aufgestellt sind, und eine Fülle von leistungsstarken mittelständischen Betrieben in Industrie, Handwerk und Dienstleistungssektor, um die uns die Welt beneidet. Das Potential an hervorragend ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die die Fähigkeit zu Qualitätsproduktionen und komplexen, anspruchsvollen Systemlösungen besitzen, ist groß. Wir können damit die industrielle Erfolgsgeschichte der letzten Jahrzehnte fortschreiben.

Diese Stärken müssen auch künftig durch eine aktive Industriepolitik systematisch gepflegt und weiterentwickelt werden. Darin liegt eine der Hauptaufgaben der Wirtschaftspolitik in diesem Jahrzehnt. Wir vom Wirtschaftsbeirat werden eine solche Politik anmahnen, unterstützen und fördern.

Dr. Otto Wiesheu  
Präsident